

Beiträge zum Rahmenthema
»Gesellschaftsgeschichte Europas als europäische Zeitgeschichte«

Jost Dülffer/Anja Kruke

Von der Geschichte der europäischen Integration zur Gesellschaftsgeschichte Europas nach 1945

Europäische Geschichte der letzten Jahrzehnte hat vielfältige wissenschaftliche Bearbeitung gefunden, doch sind die bislang entwickelten Standards alles andere als klar oder gar einvernehmlich. 2007 wurden 50 Jahre Römische Verträge gefeiert, 2009 wiederholt sich neben dem 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs der Fall der Berliner Mauer zum 20. Mal und damit *in nuce* das Ende des sowjetisch geprägten Teils von Europa. Existiert von den 1940er Jahren bis 1989 primär die Geschichte des geteilten Europas, so folgt danach die des vereinten Europas. Die Entwicklung der europäischen Integration im Westen ist seit ihrer Gründung genau im Blick der Politikwissenschaftler, Historiker kamen verstärkt seit den 1970er Jahren hinzu.¹ Dabei scheint sich ein Betrachtungsmodell tradiert zu haben, das sich aus der Nachkriegswahrnehmung speiste und das in der Abgrenzung zu Faschismus/Nationalsozialismus und Stalinismus »nach den ›guten‹ [...] Traditionen Europas im Stile einer inneren ›Selbstvergewisserung‹« suchte, zumal »Besonderheiten« aus dekolonisationspolitischen Gesichtspunkten (und dem aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden Verlust an Weltmachtstatus) nicht mehr möglich schienen; gleichzeitig blieb aus der Zeit des Kalten Krieges ein Vorrang des Blicks auf das westliche Europa erhalten.²

Doch mit einer erneuten Phase des Euroskeptizismus, insbesondere der Ablehnung einer wie auch immer zu bezeichnenden Gesamtordnung, einer »Verfassung«, wie auch mit der Hinwendung zu globalhistorischen Fragestellungen treten seit den letzten Jahren wieder verstärkt kritische oder ganz neue Perspektiven in der Forschungslandschaft auf. Eingefahrene Deutungsrichtungen verändern sich dabei allerdings erst langsam.

Seit den 1980er Jahren finden sich europäische Geschichten verschiedener sozialer Phänomene, die sich jeweils mit besonderen Zuschnitten (Untersuchungszeiten, unterschiedlichen Gegenständen, verschiedenen europäischen Räumen, Synthese oder Vergleich) verbinden. In der Regel wird dabei die Erzählung der Entwicklung zu Wohlstandsgesellschaften als Erfolgsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg akzentuiert mit den sozial- und mentalhistorischen Befunden des gelebten Europas. Nur wenige Darstellungen widmen sich längeren Zeitphasen (oft 1914 bis 1990³, die dann auch als Eckdaten des ›kurzen‹ 20. Jahrhunderts firmieren), und nur wenige Autoren bemühen sich um die Hervorhebung der Differenzen innerhalb Europas.⁴ Die meisten Überblicksdarstellungen betonen die Einheit der Epoche zwischen 1945 und 1990; in den letzten Jahren wurden

1 In der BRD vor allem mit den Arbeiten im Gefolge von *Walter Lipgens*, vgl. die Literaturberichte in Anm. 16.

2 *Martin Kirsch*, Europa im Denken der Historiker, in: *Hartmut Kaelble/Martin Kirsch* (Hrsg.), *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 181–224.

3 Vgl. beispielhaft für verschiedene Perspektiven, die alle diese Eckdaten und Europa im Fokus haben *Eric Hobsbawm*, *Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1994; *Francois Furet*, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996 (zuerst frz. 1995); *Harold James*, *Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*, München 2004 (zuerst engl. 2003).

4 Vgl. hierfür *Göran Therborn*, *European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies, 1945–2000*, London/Thousand Oaks etc. 1995.

die 1970er Jahre stärker als Einschnitt herausgearbeitet.⁵ Diese beiden Zäsuren der 1970er und der 1990er Jahre gilt es, in die Forschungsperspektiven einer Gesellschaftsgeschichte nach 1945 sinnvoll zu integrieren.

Zusammengenommen mit dem Boom Europas als Gegenstand in den Sozial- und Kulturwissenschaften, beileibe nicht nur der Geschichtswissenschaft, ergibt sich gegenwärtig als Bilanz der letzten knapp 20 Jahre ein diffuses Bild, das entlang folgender Aspekte präsentiert werden soll: Allein aufgrund des Übergewichts der politischen Geschichte ist zu fragen, welches *master narrative* die Integrationsgeschichte nach über 30 Jahren Forschung hervorgebracht hat und wie dieses durch neue Fragestellungen nach Europäisierung oder Transnationalisierung (auch in anderen Disziplinen) herausgefordert oder ergänzt wird. Daneben stellt sich die Frage, inwiefern eine räumliche Perspektive eine politische oder soziale Geschichte bereichern könnte. Im Anschluss daran werden die Züge einer sozialhistorisch fundierten Analyse europäischer Gesellschaften ermittelt und dargelegt, um die dort vorhandenen Erzählungen auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen. Schließlich werden die spezifischen Aspekte von Identität und Erinnerung auf ihre europäische Dimension und ihren Beitrag zu einer europäischen Gesellschaftsgeschichte hin befragt. Diese wechselnden inhaltlichen Perspektiven sollen anhand verschiedener Ansätze und Methoden überprüft werden, um abschließend auf Möglichkeiten einer europäischen Gesellschaftsgeschichte in der Zeitgeschichte einzugehen.⁶

I. DIE MEISTERERZÄHLUNG GELUNGENER INTEGRATION

Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg gilt weithin als Erfolgsgeschichte. In vielfachen Varianten findet sich die Erzählung von einem Kontinent der Gewalt zu einem Kontinent des Friedens, von einer Region voll starker sozialer Spannungen, ja revolutionärer Konflikte zu einer des friedlichen Ausgleichs, von einem Europa der sozialen *cleavages* innerhalb der unterschiedlichen Staaten und Gesellschaften zu einer Nivelierung von Ungleichheit, einem starken Gefälle zwischen reichen Nationen und Regionen eines europäischen Armenhauses. Andere Züge ließen sich hinzufügen. Diese Meistererzählung entspringt nicht zuletzt der zeitbegleitenden Diagnose handelnder politischer Akteure und erfährt ihre Plausibilität vor allem aus dem vorangegangenen Zweiten Weltkrieg, der dem Kontinent vornehmlich durch deutsches und italienisches Expansionsstreben massenhaften Tod und Leid brachte. Dieser Weltkrieg hatte seinen zentralen Ort in Europa – einen anderen in Ostasien und im Pazifik. Nimmt man den spezifischen Charakter des rassenideologischen Vernichtungskriegs hinzu, dann wird deutlich, dass fast jeder weitere Verlauf im Kontrast dazu als ›Weg nach oben‹ gesehen werden kann. Das trifft vor allem für Jubiläen und Bilanzen zu – aber taugt das auch als analytische Kategorie? Meistererzählungen haben – das haben Michael Geyer und Konrad Jarausch gerade für die deutsche Geschichte dieser Jahrzehnte gezeigt⁷ – weitgehend ihre bindende Kraft verloren, auch wenn hierzulande im Kalenderjahr 2009 ein ungeheurer Schub nationalen Gedenkens genau dieses Fortschrittsnarrativ im 60. Jahr des Grundgesetzes und im 20. Jahr des Falls der Berliner Mauer wieder zum *basso continuo* machte.

Die stärkste Ausprägung fand diese Meistererzählung jedoch für die institutionelle und danach in alle Bereiche streuende Einigung in Europa. Dieser Prozess hat lange im Mit-

⁵ Vgl. beispielhaft: Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007; Tony Judt, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006 (zuerst engl. 2005).

⁶ Hierunter soll eine europäische Gesellschaftsgeschichte verstanden werden als eine offene Perspektive, nicht als ein festgesteckter Rahmen von Fragestellungen.

⁷ Michael Geyer/Konrad Jarausch, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, München 2005 (zuerst engl. 2003).

telpunkt gestanden. Er beginnt demgemäß zumeist mit der Einsicht von einzelnen Politikern, Parteien oder gesellschaftlichen Kräften, die der NS-Herrschaft und ihren Zumutungen Widerstand entgegen setzten. Nach dem Krieg musste demnach ein friedliches und kooperatives Europa aufgebaut werden. Walter Lipgens hat diese Sicht mit der Formel »die Geburt Europas aus dem Geist des Widerstandes« auf den Begriff gebracht. Eine dieser Lesarten will es, dass aus einer Basisbewegung der Bürger die Institutionalisierung im Europarat und sodann in diversen europäischen Institutionen wurde. Eine andere Variante betont den Ausgang von einem Kerneuropa der Sechs im Jahr 1950, auf den in den folgenden Jahrzehnten immer weitere Beitritte erfolgten: 1973 wurden es mit Großbritannien und weiteren neun Staaten, dann zwölf, 15 und nach dem Ende des bisherigen Ost-West-Konflikts 2004 schließlich 25; in der Gegenwart des Jahres 2009 sind 27 Staaten Mitglieder. Das lässt sich als »Adventserzählung« kennzeichnen: die Idee von einer Kerze am Adventskranz des ersten Adventssonntags, der im Ablauf immer weitere folgten, bis dann der ganze Lichterbaum in vollem Glanz erstrahlt.

Oft ist diese Sichtweise mit jener von der laufenden Vertiefung der Integration verbunden: Immer mehr Institutionen wurden gebildet – zunächst die Montanunion, dann 1958 EWG, EURATOM, 1967 folgte die Europäische Gemeinschaft, die seit 1993 als Europäische Union fungiert. Diese erhielten immer mehr Kompetenzen, die Kooperation wurde durch Verträge, Richtlinien und andere Normen vertieft. Das ist der Bericht von den immer stärker ins Leben der EU-Bürger eingreifenden Regelungen, die bei Wahrung von Vielfalt dennoch einen einheitlichen Erfahrungsraum gestalteten, der nicht nur von Gurkenkrümmungen, sondern auch etwa von dem Streben nach einem einheitlichen europäischen Haftbefehl gekennzeichnet sei. Mit »Widening, Deepening and Acceleration« hat der Titel eines wichtigen Sammelbandes der Historikerverbindungsgruppe bei den Europäischen Gemeinschaften diesen Trend für die 1960er Jahre auf den Begriff gebracht.⁸ Er gilt aber für weite Bereiche der Integrationserzählung über die Jahrzehnte hinweg.

Politikwissenschaftler haben den Prozess der europäischen Integration seit dem Zweiten Weltkrieg zeitgleich oder nur mit geringem Abstand analysiert, Kategorien gebildet und damit zur normativen Steuerung beizutragen gesucht. Dazu gehörte frühzeitig die funktionalistische Deutung, die bereits in der letzten Kriegsphase 1944 von David Mitrany entwickelt, sodann von Ernst B. Haas in den 1950er Jahren aufgegriffen wurde.⁹ Danach sollte sich die Kooperation in Europa Lawinen gleich weiter entwickeln. Auf der anderen Seite stand die föderalistische Betrachtung, wonach die Staaten einen immer engeren Bund bilden würden, der vielfach in Analogie zum Weg vom Deutschen Bund von 1815 oder vom Deutschen Zollverein von 1834 zum Deutschen Reich von 1871, aber auch zum alten Heiligen Römischen Reich gesehen wurde. Gemeinsam war der föderalistischen und funktionalistischen Betrachtung einerseits, der historischen Analogie andererseits, dass sie aus einer bestimmten Deutung der Gegenwartsentwicklung für die Zukunft vielversprechende oder gar verpflichtende Leitlinien zu destillieren versuchten. Das erreichte jedoch seine Grenzen, als sich der konkrete Integrationsprozess im Ablauf als vielgestaltiger erwies, eine eindeutige Pfadabhängigkeit gemäß einer einzelnen Theorie retrospektiv nicht so leicht nachgewiesen werden konnte. Neofunktionalistische Ansätze probten sodann, durch stärkere Differenzierung die Schwächen der ersten Deutungen zu überwinden, während andere Theorien oft nicht mehr als die Wahl bestimmter Herangehensweisen bestimmten, welche mit Neo-Realismus (der Studien zu den Internationalen Bezie-

8 Ann Deighton/Alan Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration. The European Economic Community, 1957–1963*, Brüssel 1999. Vgl. auch die Steigerung der Begriffe bei: Jan van der Harst (Hrsg.), *Beyond the Customs Union. The European Community's Quest for Deepening, Widening and Completion, 1969–1975*, Baden-Baden 2007.

9 David Mitrany, *A Working Peace System. An Argument for the Functional Development of International Organization*, London 1944; Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe*, London 1958.

hungen), Spieltheorien, Governance-Ansätzen oder Spielarten von Regimelehre¹⁰ umschrieben werden können. Bei allen Unterschieden und Bestrebungen zu stärkerer Komplexität und Differenzierung von Kategorien ist diesen jedoch gemeinsam, dass sie einen fruchtbar erscheinenden Blickwinkel bis hin zu einem gleichsam archimedischen Punkt festlegten, welcher die Ergebnisse stark präjudizierte. Als besonders einflussreich hat sich in Deutschland der Ansatz »Regieren im europäischen Mehrebenensystem« erwiesen.¹¹ Damit ist die Möglichkeit bezeichnet, einerseits an Governance-Vorstellungen anzuknüpfen, andererseits aber auch ein fruchtbares Bindeglied zum Europarecht herzustellen, bei dem Staatsrechtler den Schwerpunkt auf Normgenese, -auswirkungen und -auslegungen setzen, während Politikwissenschaftler eher auf die Aushandlungsprozesse in mehr oder weniger stringenter Abfolge fixiert sind.¹² Verbindungen wiederum zur transnationalen Netzwerkanalyse sind leicht zu finden, z. B. für die europäischen Parteinetzwerke, für deutsche agrarische Verflechtungen oder auch für multisektorale Netze in europäischen Regionen.¹³

Zu den international einflussreichsten Ansätzen gehört der von Andrew Moravcsik.¹⁴ Dieser Autor sprach seit den frühen 1990er Jahren von einem »liberal intergovernmentalism«. Damit betonte er – durchaus mit historischer Tiefenschärfe – Machtinteressen von Staaten, der »realistischen Schule« Internationaler Beziehungen nahe stehend, die Teile von Souveränität beibehielten, andere aber gezielt in die europäische Integration verlagerten. Geopolitische wie wirtschaftliche Motive der Staaten wurden so in einem methodisch anspruchsvollen wie empirisch reichen Ansatz verbunden. Das wies manche Parallelen zu der zupackenden Deutung etwa von Alan S. Milward, aber auch von John Gillingham auf.¹⁵ Beide Historiker betonten die andauernde Bedeutung von Nationalstaaten als den eigentlichen Akteuren im integrierten Europa. Für Milward hatte gerade die begrenzte Delegation von wirtschaftlichen Aufgaben auf europäische Institutionen »The Rescue of the European Nation State« bewirkt, während er und Gillingham sich in manchem geradezu sarkastisch über kleine oder unbedeutende Eliten äußerten, welche auf supranationale Staatlichkeit für Europa abzielten oder gar Vorentscheidungen in diese Richtungen als Erfolge verzeichneten.

Mit diesen Positionen sind nicht nur unterschiedliche Gesamtdeutungen für die politische europäische Integration zwischen Nation und Supranationalität gegeben, sondern es

10 Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 1990; vgl. auch Wolfgang Merkel, *Die europäische Integration und das Elend der Theorie*, in: GG 25, 1999, S. 302–338.

11 Michèle Knodt/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt am Main/New York 2000 (insb. die Einleitung von Beate Kohler-Koch, *Europäisierung. Plädoyer für eine Horizonterweiterung*, S. 11–31); Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996; Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.), *The Europeanisation of Governance*, Baden-Baden 2006. Der Ansatz wird auch jenseits der deutschen Politikwissenschaft angewandt: Ian Bache, *Europeanization and Multilevel Governance. Cohesion Policy in the European Union and Britain*, Lanham 2008.

12 Insb.: Markus Jachtenfuchs, *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden 2002.

13 Vgl. dazu die Beiträge von Wolfram Kaiser/Christian Salm, Kiran Klaus Patel und Guido Thiemeyer in diesem Band. Als ein historisch zu definierendes Forschungsprogramm ließe sich lesen Frank Schimmelpfennig, *Transnational Socialization. Community-Building in an Integrated Europe*, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London/New York 2005, S. 61–82.

14 Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca, NJ 1998.

15 Alan S. Milward, *The European Rescue of the Nation State*, London 1992; John Gillingham, *European Integration, 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003; ders., *Design for a New Europe*, Cambridge 2006.

dürfte auch kein Zufall sein, dass sie gerade von Briten vorgebracht wurden, d. h. aus einem Land kamen, in dem traditionell die Souveränität der ehemaligen Weltmacht hoch gehalten und »Europa« nicht unbedingt als Überbegriff fürs eigene Land gedacht wird. Mit dem Nachhall dieser primär britischen Positionen in anderen Ländern Europas zeigt sich aber auch, dass seit den späten 1980er Jahren und zumal seit den 1990er Jahren der allgemeine Fortschrittsoptimismus, der immer weitere Regelungen als Königsweg zur Entwicklung eines gemeinsamen Bundesstaates sah, ins Wanken gekommen ist.

Nimmt man dieses, hier nur angerissene Deutungsspektrum für politische Integrationsforschung zu Europa in den Blick, dann haben besonders Historiker in den letzten Jahrzehnten bedeutende Arbeit in der diplomatie- und politikgeschichtlichen Forschung geleistet. Insbesondere die Historikerverbindungsgruppe bei den Europäischen Gemeinschaften hat hier Grundlagenarbeit geleistet, indem sie seit 1984 ein Dutzend Sammelbände und darüber hinaus seit 1994 das *Journal of European Integration History* herausgebracht hat. Hier ging es je um ein multiarchivisches, zumeist die Sicht und Politik einzelner Integrationsstaaten bündelndes Unterfangen, das mittlerweile in den Sammelbänden aspekthaft die Integrationspolitik vom Zweiten Weltkrieg bis ca. 1975 abdeckt, darüber hinaus in der Zeitschrift auch ein breites Spektrum weiterer Fragen zur politisch-institutionellen Integration abgehandelt hat; daneben fanden vor allem für die ersten Jahre nach 1945 die integrationspolitischen gesellschaftlichen Bewegungen Berücksichtigung. Das zielte nie auf Vollständigkeit, sondern brachte Erkenntnisse von Interessen, Entscheidungsprozessen und Institutionenbildung, schloss gelegentlich auch Akteure außerhalb der Integration (so die USA bzw. die Sowjetunion) ein und wandte sich zunehmend auch den Institutionen zu sowie deren personellen Konstellationen und deren Aktionen und Funktionsweisen. Ergänzt wurde dieses internationale Großunternehmen durch eine Fülle je nationaler Monografien, welche die je eigene Außenpolitik im europäischen Integrationsrahmen oder die Beziehungen zweier oder mehrerer Integrationsstaaten in einem beschränkten Zeitraum zum Thema haben. Für Überblicke sei auf einige neuere Forschungsberichte verwiesen¹⁶, welche detaillierte Literaturangaben für den vorliegenden Aufsatz entbehrlich machen.

Eine Weiterung erfuhr diese Form der Integrationsforschung dadurch, dass nicht nur nach dem Eigenleben der europäischen Institutionen gefragt wurde¹⁷ und nach deren zunehmender Akteursqualität. Vielmehr wuchsen mit der Komplexität der Europäischen Gemeinschaft seit den 1970er Jahren auch die forschenden Perspektiven. Dazu gehörten die transnationale Parteienkooperationen¹⁸ und, damit zusammenhängend, die Erforschung

16 Zuletzt: *Wulfried Loth* (Hrsg.), *Experiencing Europe. 50 Years of European Construction 1957–2007*, Baden-Baden 2009 (Beiträge *Jost Dülffer* und *N. Piers Ludlow*); *Wulfried Loth*, *Explaining European Integration. The Contribution from Historians*, in: *Journal of European Integration History* 14, 2008, S. 9–27; allgemein: *Jost Dülffer*, *Europäische Integration zwischen integrativer und dialektischer Betrachtungsweise*, in: *AfS* 42, 2002, S. 521–543, *ders.*, *Europa – aber wo liegt es? Zur Zeitgeschichte des Kontinents*, in: *AfS* 44, 2004, S. 524–564. Vgl. auch weitere Jubiläumsbände: *Michael Gehler* (Hrsg.), *Vom gemeinsamen Markt zur Europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007. From Common Market to European Union: 50 years of the Rome Treaties 1957–2007*, Köln 2008.

17 *Wulfried Loth/Marie-Thérèse Bitsch/Raymond Poidevin* (Hrsg.), *Institutions européennes et identités européenne*, Brüssel 1998.

18 *Jürgen Mittag* (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006; *Michael Gehler/Wolfram Kaiser* (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der Europäischen Christdemokraten*, München 2004; *Robert Ladrech*, *Social Democracy and the Challenge of the European Union*, Boulder, CO 2000. Politologisch-systematisch bereits *Oskar Niedermayer*, *Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der EG*, Frankfurt am Main/New York 1983. Vgl. auch den sektoralen Beitrag von *Wolfram Kaiser/Christian Salm* in diesem Band.

des Europaparlaments und seiner Wahlen. Der durch die Fundamentalpolitisierung in ganz (West)Europa steigende Demokratisierungsdruck erfasste auch die EG, die sich erst nach langen Verhandlungen 1976 auf Direktwahlen zum Europäischen Parlament als Zeichen einer parlamentarischen Legitimierung auch dieser politischen Ebene verständigen konnte. Auch nach 30 Jahren Wahlforschung bestätigt sich allerdings das Diktum der Europawahlen als »second-order elections«, als Wahlen zweiten Ranges, deren Ansehen/Beteiligung in einer paradoxen Entwicklung zum Bedeutungszuwachs des Parlaments steht.¹⁹

In Anbetracht dieser Entwicklung der Wahlbeteiligung, aber auch der weiteren Entwicklung der EG erwuchs seit den 1990er Jahren eine Debatte über die Perspektiven der EU unter dem Stichwort des »Demokratiedefizits«, das die Teilnehmer/innen der Diskussion – zugespitzt formuliert – in die zwei Lager der »normativ argumentierenden Skeptiker« und die der »empirischen Optimisten« spaltet, orientiert an der Meinung darüber, ob es eine europäische Öffentlichkeit gibt (oder sogar überhaupt geben kann).²⁰ Der Mehrwert dieser Debatte besteht augenscheinlich darin, die Selbstverständnisdebatte der Europäer mit wissenschaftlichen Mitteln voranzutreiben, doch für die historische Forschung fragt sich, wie die dahinter stehende Fragestellung der zukünftigen Entwicklung Europas in eine auf den Erfahrungsraum zugeschnittene Perspektive überführt werden kann. *Zum einen* könnte eine Möglichkeit darin bestehen, in einer Art *intellectual history* nach der Geschichte der normativen Aufladung des europäischen Projekts zu fragen, also das Aufwachsen konkreter politischer Zuschreibungen bis zu dem hoch geschraubten Erwartungshorizont der Wahlen 1979 und der davon stark abweichenden nachfolgenden Entwicklung zu analysieren. Die Diskrepanz zwischen hohen rhetorischen Zielen und Erwartungen einerseits, national unterschiedlich ausgeprägten realen Identifikationsmustern andererseits, könnte für die Erfassung eines historischen Erfahrungshorizonts in Europa vor dem Hintergrund weiter bestehender nationaler Identifikationsmuster Forschung leitende Bedeutung erlangen. Eine mögliche Gefahr liegt weiterhin darin, durch die Projektion von nationalen Einigungsprozessen vornehmlich des 19. Jahrhunderts auf Europa den offenen Blick für die historische Entwicklung zu verlieren. *Zum anderen* könnte eine konkrete Fragestellung in die Richtung gehen, die politischen Prozesse Europas präzise zu untersuchen und zu fragen, wie und an welcher Stelle Akteure, Institutionen und spezifische Regelungsmechanismen ineinander greifen, um Pfade und politische Zusammenhänge besser zu erfassen.²¹

19 Vgl. als Überblick *Jürgen Mittag/Claudia Hülsken*, Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen? 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament 2009, in: *Integration* 32, 2009, H. 2, S. 105–122; den Begriff prägten *Karlheinz Reif/Hermann Schmitt*, Nine Second-Order Elections, in: *European Journal of Political Research* 8, 1980, S. 3–44.

20 Vgl. dazu die Nachzeichnung der Debatte in *Anja Kruke*, Mit Umfragen zur europäischen Öffentlichkeit? Meinungsforschung, Parteien und Öffentlichkeit in Europa nach 1945, in: *Mittag*, Politische Parteien, S. 405–432; die jeweiligen unterschiedlichen Pole der Debatte vertreten *Jürgen Gerhards*, Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Maurizio Bach* (Hrsg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden 2000, S. 277–305, und *Klaus Eder/Cathleen Kantner*, Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: ebd., S. 306–331.

21 Erschwert wird diese Art der historischen Politikforschung auf demokratietheoretischen Spuren durch die Problematik, die Quellen zu orten und zu analysieren, da z. B. die Gesetzgebungsverfahren nicht so archiviert werden, dass die Entwicklung des Verfahrens und die Urheber erkennbar sind, und so auch die Lobbyarbeit schwerer zu analysieren ist. Dies ist eigentlich nur durch die komplementären Überlieferungen bei einzelnen Abgeordneten des Europaparlaments nachzuvollziehen. Vgl. für erste Einblicke in die historische »Lobbyforschung« *Gérard Bossuat* (Hrsg.), *Inventer Europe. Histoire nouvelle des groupe d'influence et des acteurs de l'unité européenne*, Brüssel 2003.

Dass die Integrationsforschung in ihrer ursprünglichen Aufstellung nicht mehr den Problemlagen gerecht zu werden vermochte, hat sich seit den 1990er Jahren auch daran gezeigt, dass der Begriff der Europäisierung einen beachtlichen Aufschwung erlebt hat. Er wurde als eine konträre Perspektive auf die Entwicklung der Europäischen Union eingeführt, um konkret Fragen der Auswirkung der supranationalen Einrichtungen zu untersuchen und damit ein neues Feld zu eröffnen. Zunächst sollte er die nationale/regionale/lokale Ebene als Ort europäischen Geschehens verdeutlichen und damit auch die Richtung des politischen Prozesses hervorheben und analysieren. Der Begriff fand in den letzten Jahren vor allem Eingang in Untersuchungen der Rechtswissenschaft, in denen die Verbreitung spezifischer Rechtsbereiche untersucht wird und in denen der Begriff auf einem Konzept der Angleichung von oben nach unten (top-down-Modell) fußt und bei dem die europäische Rechtsprechung als Orientierung für die Ausrichtung nationalen Rechts analysiert wird.²² In den Politikwissenschaften wird er seit den 1990er Jahren in unterschiedlicher Weise konzeptualisiert. Dort wird das Konzept sowohl als Anpassungsleistung »von oben nach unten« wie auch in umgekehrter Richtung gedacht. Letzteres wird als Modell vorgestellt, in dem die Nationalstaaten die Bedingungen, unter denen eine nationale Politik zu formulieren ist, mit bedenken oder ihre Politik gleich auf die Umsetzung auf höherer Ebene formulieren bzw. je nach »goodness of fit« sich die Vorgaben von oben besser oder schlechter aneignen können.²³ Diese politikwissenschaftlichen Modelle für die Entwicklung nationaler Politiken der letzten ca. 15 Jahre haben sich bislang nicht nachhaltig in historiografischen Ansätzen niedergeschlagen.²⁴

Zeitlich und perspektivisch könnte man die Konzeptualisierung von »Europäisierung« als Gegenteil zur Enttäuschung der normativen Erwartungen deuten, indem konkrete politische Prozesse (in welcher Richtung auch immer) untersucht werden. Damit hakt das Konzept – ebenso wie die rechtswissenschaftlichen Untersuchungen – inhaltlich vor allem auf der *policy*-Ebene mit der Betrachtung unterschiedlicher Themenfelder ein, hat aber auch in der *polity*-Forschung gezeigt, in welchem Ausmaß beispielsweise eine Europäisierung der Parteien vorangeschritten ist.²⁵

22 Vgl. als Auswahl *Martin Heger*, Die Europäisierung des deutschen Umweltstrafrechts, Tübingen 2009; *Werner Heun* (Hrsg.), Europäisierung des Rechts, Göttingen 2008; *Bettina Maria Stade*, Die Konstitutionalisierung des Zivilprozessrechts in Spanien und Deutschland vor dem Hintergrund der Europäisierung des Zivilprozessrechts, Frankfurt am Main 2007; *Kristin Stumpf*, Europäisierung des Werberechts, Saarbrücken 2006.

23 Vgl. *Johan P. Olsen*, The Many Faces of Europeanization, in: *Journal of Common Market Studies* 40, 2002, S. 921–952; *Kohler-Koch*, Europäisierung; *Roland Sturm*, Was ist Europäisierung? Zur Entgrenzung und Einbindung des Nationalstaats im Prozess der europäischen Integration, in: *Ulrich Haltern/Ingolf Pernice/Gunnar Folke Schuppert* (Hrsg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, S. 101–127; *Tanja A. Börzel*, Europäisierung und innerstaatlicher Wandel: Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, in: *PVS* 41, 2000, S. 225–250; für einen Überblick über den Ansatz und seine jeweilige Ausformulierung für verschiedene Bereiche der Politik: *Paolo Graziano/Marten van Fink* (Hrsg.), *Europeanization. New Research Agendas*, Houndmills 2006; *Maria Green Cowles/Thomas Risse-Kappen/Jane Caporaso*, *Europeanization and Domestic Change*, in: *Tanja A. Börzel/Maria Green Cowles* (Hrsg.), *Transforming Europe*, Ithaca/New York 2001.

24 Vgl. für erste Ansätze *Kiran Klaus Patel/Martin Conway* (Hrsg.), *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Houndmills 2010 (i. E.). Vgl. auch die Diskussion des Ansatzes im Beitrag von *Kiran Klaus Patel* in diesem Band.

25 Vgl. z. B. *Thomas Poguntke/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter* u. a. (Hrsg.), *The Europeanization of National Political Parties. Power and Organizational Adaptation*, London 2008; *Andreas Aust*, Von »Skeptikern« zu »Musterschülern«? Die Europäisierung der Sozialdemokratie, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32, 2003, S. 255–269; *Robert Ladrech*, *Europeanisation and Political Parties. Towards a Framework for Analysis*, in: *Party Politics* 8, 2002, S. 389–403; vgl. für den Bereich der Parlamentsforschung *Jürgen Dieringer*, Die Europäisie-

Inzwischen ist der Europäisierungsbegriff im historischen Zusammenhang zu einem Integration inkorporierenden Begriff mutiert, der seine Wurzeln aus einer »Europäisierung der Welt«²⁶ abgestreift hat: Europäisierung wird als Inbegriff eines offenen Entwicklungsprozesses gesehen, der nicht allein aus Europa hervorgeht und der etwa bei Hartmut Kaelble und Martin Kirsch in sechs Kategorien des gelebten und gedachten Europas fassbar wird. Zunächst einmal handelte es sich demnach um einen Prozess »der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und kulturellen Konvergenzen zwischen europäischen Staaten und Regionen« (1), dann um einen Prozess wachsender Transfers und Verflechtungen (2) sowie um den Wandel in der »Erfahrung des europäischen Raums« (3), der sich aus wechselseitiger Beobachtung gerade mit außereuropäischen Gesellschaften speist. Weitere Kategorien bilden die »Besonderheiten Europas« (4), die sich erst ex post aus der *longue durée* erschließen, die »Selbstverständnisdebate« der Europäer über diese Besonderheiten (5), die gemeinsame, europäische Sinnhorizonte und Zugehörigkeitsgefühle oder Europäizität erschaffen, und schließlich der »Aufbau europäischer politischer und rechtlicher Institutionen« (6).²⁷

Damit schrumpft der Begriff der Integration von einer in den 1950er/1960er Jahren absichtsvoll eingebrachten Selbstbeschreibung, die als ›Gegenkonzept‹ zur amerikanischen Soziologie erfolgreich als wertgeladenes Schlüsselkonzept platziert werden konnte²⁸, zu einem (jedoch nach wie vor zentralen) Prozess unter anderen in den gesamtgesellschaftlichen Verflechtungsprozessen in Europa. Insofern bildet wiederum der Begriff der Europäisierung neu aufkommende Wahrnehmungen und Vorstellungen von Europa ab.

II. EUROPA ALS GESCHICHTSRAUM

Oben war von der Meistererzählung eines sich immer stärker erweiternden Europa die Rede. Europa – wie weit man es auch fassen mag – war jedoch immer mehr als das Europa der westlichen Integration. Es gab zumindest bis 1990 ein anderes, das sowjetisch geführte Integrationsmodell, das auf der politischen Ebene ebenso wie militärisch oder ökonomisch eine Ausrichtung an der Führungsmacht mit mehr oder weniger Intensität sicherstellte. Je mehr in den beiden letzten Jahrzehnten an Archivalien zugänglich geworden sind, desto mehr hat sich das Bild eines monolithischen ›Ostblocks‹ aufgelöst, ist eine gewisse Eigenständigkeit der hier integrierten Staaten und der Führungseliten deutlicher geworden, die vielfach gerade aufgrund eigener Schwäche Gewicht gegenüber sowjetischer Politik erlangen konnten, wie es etwa relativ früh Hope M. Harrison – nicht unumstritten – für die Vorgeschichte des Mauerbaus von 1961 entwickelt hat.²⁹ Jedoch hatte dies nicht den gleichen Pluralismus des wechselseitigen Nutzens aufzuweisen wie die

rung der Parlamentsarbeit in Ungarn und der Tschechischen Republik, in: *Südosteuropa* 52, 2003, S. 388–403.

26 Hartmut Kaelble, Europäisierung, in: Matthias Middell (Hrsg.), *Dimensionen der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte*. Festschrift für Hannes Siegrist zum 60. Geburtstag, Leipzig 2007, S. 73–89, hier: S. 74.

27 Hartmut Kaelble/Martin Kirsch, Einleitung: Zur Europäisierung des Selbstverständnisses und der Gesellschaft der Europäer im 19. und 20. Jahrhundert, in: *dies.*, *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer*, S. 13–18, Zitate S. 14, 15, 16 und 17 (im Original mit Hervorhebungen).

28 Vgl. Bo Stråth/Thomas Sandkühler, Europäische Integration. Grundlinien und Interpretationen, in: *dies.* (Hrsg.), *Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960*, Göttingen 2002, S. 19–40, hier: S. 19; Ludolf Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947–1950, in: *VfZ* 34, 1986, S. 167–205.

29 Hope M. Harrison, *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations 1953–1961*, Princeton 2003.

westliche Integration.³⁰ Darüber hinaus sollte man über Jahrzehnte hinweg weiter zumindest in Ansätzen ein drittes Europa unterscheiden, das zunächst weder dem einen noch dem anderen Integrationsregime folgte, ein »neutrales Europa«, wobei Neutralität sich nicht allein auf die traditionelle militärische Blockfreiheit beschränkte.³¹ Gerade unter Intellektuellen des sozialistischen Lagers kam bereits in den 1980er Jahren die Parole einer »Rückkehr nach Europa« auf, die sich mit der Erweiterung der EU in den 1990er Jahren scheinbar auch organisatorisch und politisch durchsetzte. Vor der Übernahme einer solchen Sichtweise in analytischer Absicht sei jedoch gewarnt, setzt sie doch einen damals gelebten politischen Optativ und eine wertgebundene Sichtweise als Leitlinie.

Auch in diesem Band wird der Europabegriff vielfach nicht klar geografisch oder territorial bestimmt. Das hat u. a. praktische Gründe aus der Entstehung dieses Forschungsfeldes, war es doch in westlich-liberalen Gesellschaften seit jeher leichter, Daten, Informationen und auch interne Quellen zu nutzen, aus denen hohe wissenschaftliche Standards im westeuropäisch-transatlantischen Raum entwickelt werden konnten. Das legt es nahe, von dem geografischen Raum einer weiter entwickelten Forschungssituation neue Fragen zu stellen, und macht es schwerer, die vielfach immer noch unbefriedigende Datenlage, aber auch die unterschiedlichen statistischen Erfassungsmodelle ehemals »sozialistischer Staaten« in die Betrachtung einzubeziehen.

Es dürfte in Zukunft Erfolg versprechend sein, gerade auf diesem Sektor komparative Ansätze zu verstärken, die nicht von der über lange Zeit existierenden Dichotomie »östlicher« vs. »westlicher« Entwicklungspfade – wie problematisch ein solcher Begriff auch sein mag – ausgehen, sondern unbeschadet oder doch zumindest nicht entscheidend von den politischen Systemen bestimmt Vergleiche erlauben, um Verlaufsmodelle zu erkennen, die ggf. unterschiedliche Geschwindigkeiten oder gegenläufige Beharrungskräfte aufwiesen, aber dennoch ähnlich sind. Schließlich könnten auch Ansätze, die von einem Transfer ausgehen, gleichermaßen europaweite Sichtweisen verstärkt erproben und nicht allein die politisch bedingten Rahmen zum Ausgangspunkt machen.³²

Europa als Analyseraum kann kaum mit dem Anspruch auf klare Zugehörigkeiten oder Exklusion betrachtet, es können lediglich entsprechende Fragen anhand einzelner Untersuchungen zu Vergleich oder Transfer sektoral beantwortet werden. Ob die Türkei oder die Sowjetunion/Russland zu Europa gehör(t)en ist primär eine politische, auf Wertentscheidungen beruhende Diskussion in der gesamten Zeitgeschichte gewesen und ist es bis in die Gegenwart hinein geblieben. Gerade prominente Historiker mit dem Anspruch als »public intellectuals« haben hier in letzter Zeit häufig essentialistisch argumentiert: Religion, politische Freiheit, Demokratie sind jeweils sinnvolle sektorale Kriterien für Zugehörigkeit, sie können daher auch politische Entscheidungen begründen. Aber sie sind wiederum zu historisieren und können auf diese Weise fruchtbare Untersuchungsfelder darstellen, wie beispielsweise anhand von Religion in Westeuropa kurze Umbrüche innerhalb langer Entwicklungslinien nachgezeichnet werden können. Zudem kann die Analyse von Friedensbewegungen in Europa transnationale Zusammenhänge vor dem Hintergrund je nationaler Verankerung herausarbeiten.³³

30 Auf der Ebene internationaler Politik deutlich bei *Carole Fink/Bernd Schaefer* (Hrsg.), *Ostpolitik 1969–1974. European and Global Responses*, New York/Cambridge 2009; *Oliver Bange/Gottfried Niedhart* (Hrsg.), *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008; *Leopoldo Nuti*, *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London 2008.

31 *Michael Gehler/Rolf Steininger* (Hrsg.), *Die Neutralen und die Europäische Integration*, Wien 2000.

32 Vgl. dazu exemplarisch den Beitrag von *Friederike Sattler* zu europäischen Wirtschaftseliten in diesem Band.

33 Vgl. zu diesen beiden Aspekten die Beiträge von *Patrick Pasture* und *Benjamin Ziemann* in diesem Band.

Nur soviel sei zur *institutionellen* Zugehörigkeit angemerkt: Die Türkei gehörte seit 1947/48 zu den Empfängern der Marshallplan-Hilfe (OEEC), wie an den Fahnen vieler zeitgenössischer Werbepлакate abzulesen ist, sie war seit 1952 NATO-Mitglied und ist es geblieben. Beides war einerseits sicherlich ein Zeichen der Instrumentalisierung von Mitgliedschaften für die Auseinandersetzung mit ›dem Kommunismus‹. Auf der anderen Seite gilt: Der 1949 als Zusammenschluss von Demokratien, gerade im Kalten Krieg, gegründete Europarat nahm 1996 auch Russland auf, ohne hier die demokratische Qualität allzu hoch zu hängen. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde seit 1972 von allen europäischen Staaten beschickt und die Schlussakte von 1975 unterzeichnet (außer Albanien). Dazu rechnete damals (neben den USA und Kanada) auch die Sowjetunion. Dies wiederum hatte zur Folge, dass mittelasiatische Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Usbekistan oder Tadschikistan in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), wie die Nachfolgeorganisation der KSZE seit 1995 heißt, als Mitglieder vertreten sind. Organisationen, die Europa im Namen oder im Sinn führten, umfassten oft weit mehr als das übliche Europa der west-europäischen Integration.

Das gilt auch für zwei weitere Aspekte. Zum einen: Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg noch ein Kontinent mit Kolonialreichen. Zwar wurden diese nicht zuletzt als eine Folge dieses Krieges bis in die frühen 1960er Jahre zum größten Teil unabhängig, aber wenn Briten, Franzosen, Belgier, Niederländer und sogar auch Italiener ihre Position bestimmten, dann trug deren wie auch immer definierte Rolle doch entscheidend zum Selbstbild und zur Konstruktion von nationaler Identität bei, auch bevor von Europa selbst die Rede war. Das setzte sich in langfristiger Perspektive über die formale Unabhängigkeit hinaus fort und reicht – bei Resten überseeischen Besitzes etwa Frankreichs – weiter bis in die Gegenwart. Nicht zuletzt bei der Migration nach Europa spielt die frühere Zugehörigkeit zu einem Kolonialreich im ›Mutterland‹ eine Rolle.³⁴

Der zweite Faktor betrifft die komparative Qualität Europas. Einige Autoren stützen sich gerade sozial- und kulturgeschichtlich auf europäische Gesellschaften und finden bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Sobald jedoch auch Nordamerika in den Blick rückte, könnten sich ähnliche Ergebnisse auch hierfür abzeichnen. Der transatlantisch-westeuropäische Raum dürfte in manchen Aspekten größere Ähnlichkeiten der Entwicklung aufweisen als der west- und osteuropäische Raum im Vergleich.³⁵ Anders gesagt: Gerade für eine europäische Sozial- und Kulturgeschichte zeichnen sich Spannungsverhältnisse unterschiedlicher Raumkonstruktionen und -erlebnisse ab, die nicht allein von geografischer Nähe geprägt sind, sondern von dem jeweiligen Gegenstand, dem vorliegenden Erkenntnisinteresse und der benutzten Methode.

In der gegenwärtigen Debatte zeichnet sich immer deutlicher eine globale Zäsur für die frühen 1970er Jahre ab, die mit der Ölpreiskrise des Jahres 1973 nur oberflächlich charakterisiert wird. Es könnte sich um einen fundamentalen Wandel industriewirtschaftlichen Wachstums und kultureller Selbstvergewisserung handeln.³⁶ Dieser lässt die bisherige Ost-West-Dichotomie Europas in einem anderen Licht erscheinen.³⁷ Nicht allein die politische Zäsur von 1989/90, sondern die vorausgegangenen gesellschaftlichen Brüche seit den 1970er Jahren könnten eine Ost und West übergreifende Gesellschaftsgeschichte künftig strukturieren helfen.

34 Vgl. mit dem Beitrag von *Imke Sturm-Martin* in diesem Band.

35 *Helke Rausch* untersucht dieses transatlantische Verhältnis mit Blick auf den wissenschaftlichen Kulturtransfer in mehrere westeuropäische Staaten hinein im Vergleich in diesem Band.

36 Thesenartig und primär für den deutschen Fall: *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

37 Dies legen auch verschiedene Autoren dieses Bandes nahe.

III. GESELLSCHAFT(EN) IN EUROPA ODER EUROPÄISCHE GESELLSCHAFT?

Parallel zur Meistererzählung der gelungenen Integration findet sich eine Erzählung zur gesellschaftlichen Entwicklung in (West)Europa, die sich auf den wirtschaftlichen Aufstieg Westeuropas und die damit verbundene gesellschaftliche Wohlstandsentwicklung bezieht. Allerdings ist deren ähnlich positive Konnotation inzwischen etwas verblasst unter dem Eindruck, dass dieser Wohlstand sich in Osteuropa nicht in dem erhofften Maße oder Tempo ausgebreitet hat und der mit diesem wirtschaftlichen Aufstieg verbundene Sozialstaat stark unter Mangelfinanzierung leidet.

Als ein zentrales Motiv für die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft im Sozialstaat kann der »europäische Nachkriegskonsens« (Tony Judt) gelten. Ähnlich zur politischen »Geburt Europas aus dem Geist des Widerstandes« war auch für die sozialstaatliche Entwicklung der Bezugspunkt zur Erfahrung mit Faschismus und Nationalsozialismus konstitutiv. Die Erkenntnis, dass gerade aus den Sozialsystemen ausgeschlossene Sozialgruppen politisch extreme Parteien gewählt und damit die demokratischen Staatssysteme in Europa gefährdet oder zum Einsturz gebracht hatten, sorgte für einen Lernprozess, diesen politischen Fehler nicht zu wiederholen.³⁸ Dieser Prozess fand allerdings weder erst nach Kriegsende statt noch war er auf Europa beschränkt, wenn man sich die Atlantik Charta und die Rolle der ILO ansieht. Die Weichenstellungen erfolgten dann in der Nachkriegszeit, wenn man von einzelnen Staaten wie Schweden oder Großbritannien absieht, die durch unterschiedliche Bedingungen und Maßnahmen (Politik des *folkhemmet*/Volksheims in Schweden und Beveridge-Report in Großbritannien) bereits vorher stark auf einen Auf- bzw. Ausbau des Sozialstaats gesetzt hatten. Bis zu dem Zeitpunkt des Ausbaus waren die verschiedenen nationalen Ausprägungen noch rudimentär und deutlich in ihrer Herkunft als Arbeiterabsicherung erkennbar, was Organisation und abgesicherte Gruppen anging. Die Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme auf immer neue Gruppen (z. B. Selbstständige, Landarbeiter, Hausfrauen), die Egalisierung der Behandlung von Arbeitern und Angestellten (z. B. beim Neuaufbau der Sicherungssysteme in Westdeutschland), die Verstaatlichung von ganzen Teilsystemen (*National Health Service* in Großbritannien) oder auch die Dynamisierung von Bezügen zur Verhinderung des Zurückfallens in der Versorgung oder verbesserten Teilhabe an dem wirtschaftlichen Aufschwung (Dynamisierung der Rentenversicherung in Westdeutschland) führten im Laufe der Zeit letztlich von einer Absicherung gegen Lebensrisiken zu einer Absicherung des Lebensstandards.³⁹ Dies geschah unter Einbeziehung der gesamten Bevölkerung, einschließlich aller sozialer Schichten, Geschlechter und Altersgruppen und ging (speziell im Westen) einher mit einer Verrechtlichung der sozialen Inklusionsansprüche. Das hatte die Folge einer stetig wachsenden Komplexität durch individuelle Durchsetzung von Ansprüchen. Diese Entwicklung fand in Ost- wie Westeuropa, wenn auch unter jeweils unterschiedlichen politischen Vorzeichen mit verschiedenartigen Ausprägungen, statt. Während beispielsweise die größer werdende soziale Gruppe der Rentner in Westeuropa auf verschiedene Arten und Weisen eine verstärkte soziale Absicherung gegen Not erlebte, griffen die sozialen Sicherungssysteme in Osteuropa für diese Bevölkerungsgruppe weit weniger. Hier verquickten sich politische Beurteilungen der gesellschaftspolitischen Bedeutung einzelner Gruppen und ihrer wirtschaftlichen Arbeitskraft recht deutlich, so dass in Osteuropa eine stärkere Egalisierung von bestimmten Gruppen mit der Konstitution neuer sozialer Ungleichheiten einherging.

38 Judt, Geschichte Europas.

39 Vgl. als Überblick Hans-Günter Hockerts, Vom Problemlöser zum Problemerzeuger. Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: AFS 47, 2007, S. 3–29, sowie für einzelne Bereiche die weiteren Beiträge des AFS 47.

Die Umsetzung des Sozialstaatskonsenses wäre ohne wirtschaftliche Erholung im Nachkriegseuropa nicht denkbar gewesen; dies gilt auch zumindest in Teilen für Osteuropa. Die aus Steuern finanzierte Basis der sich entwickelnden Wohlstandsgesellschaften bildete die Grundlage für die breite Umsetzung des Sozialstaatsgedankens. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung mit hohen Wachstumsraten und Vollbeschäftigung (hauptsächlich in Westeuropa) führte zu Vorstellungen einer immerwährenden Prosperität, die den weiteren Ausbau des Sozialstaats als unproblematisch erscheinen ließ. In der Fusion von Wirtschaftskraft und Sozialstaat bildete sich die wirkmächtige Erzählung der *trente glorieuses*⁴⁰ oder des *golden age*⁴¹ heraus bzw. des »deutschen Wirtschaftswunders«, das bei genauerem Hinsehen alles andere als ein Wunder war. Die aus diesen Bezeichnungen sprechenden, je national spezifischen Wahrnehmungen haben die europäische Rahmung vom Marshallplan zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis hin zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Folgen daraus oft marginalisiert und häufig als nationale Erfolgsgeschichten fortgeschrieben; eine übergreifend orientierte Wirtschaftsgeschichte hat bis vor ein paar Jahren eher vergeblich dagegen angeschrieben.⁴²

Dass es auch dabei längere Kontinuitäten und Vorerfahrungen gab, ist in der Forschung auf die positiv besetzten, älteren Traditionen und Ideen vor allem der Zwischenkriegszeit zurückgeführt worden.⁴³ Demgegenüber haben die ebenfalls schon lange erforschten wirtschafts- und damit verbundenen integrationspolitischen Kontinuitäten oder Vorgedanken gerade aus der Besetzungspraxis des Nationalsozialismus erst in den letzten 15 Jahren stärker in die allgemeine Integrationsgeschichte Eingang gefunden; gerade dies kann als Hinweis einer Loslösung der Historiografie von Europa als politischem Projekt gelesen werden.⁴⁴ Inzwischen werden sowohl Kontinuitäten als auch die europäische Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der sozialpolitischen Dimension betrachtet und auch die transnationalen Aspekte (der europäischen Zusammenarbeit, der politischen Arbeit über Grenzen hinweg wie auch der Tatsache des »Abschauens« voneinander) analysiert. Daher ist es unerlässlich, auch in einer längeren Perspektive über verschiedene politische Zäsuren hinweg nach Tradierungen und Brüchen im das 20. Jahrhundert zu suchen, beispielsweise mit der Frage, wie sich das »europäisches Sozialstaatsmodell« begreifen und untersuchen lässt.⁴⁵

Bei dem Blick auf diese Entwicklung ist grundsätzlich die Divergenz zwischen einem »Kerneuropa« im Westen und Norden auf der einen Seite und dem Süden Europas zu be-

40 Jean Fourastié, *Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979, prägte diesen Begriff für Frankreich; er findet zunehmend Anwendung für die Nachkriegsentwicklung insgesamt.

41 Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*.

42 Vgl. Gerold Ambrosius/William H. Hubbard, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, München 1986; Gerold Ambrosius, *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*, Frankfurt am Main 1996.

43 Vor allem Richard Coudenhove-Kalergi ist in den letzten Jahren beleuchtet worden. Vgl. z. B. Anita Ziegerhofer-Pretenthaler, *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien/Köln etc. 2002; Vanessa Conze, *Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Europäer*, Göttingen 2004; dies., *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Wertorientierung (1920–1970)*, München 2005. Daneben vgl. auch Arbeiten wie die von Jürgen Elvert, *Mitteuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945)*, Stuttgart 1999.

44 Vgl. Stråth/Sandkühler, *Europäische Integration*, S. 23–29; Ute Frevert, *Europeanizing Germany's Twentieth Century*, in: *History and Memory* 17, 2005, S. 87–116; vgl. aber bereits John Gillingham, *Coal, Steel and the Rebirth of Europe 1945–1955. The Germans and the French from Ruhr-conflict to Economic Community*, Cambridge 1991.

45 Vgl. dazu den Beitrag von Christoph Boyer in diesem Band.

achten sowie der bereits angesprochenen andersartigen Ausgestaltung im Osten Europas. Allerdings lässt sich in einer Gesamtschau über die Boomjahre hinweg bis heute feststellen, dass sich nicht nur diese Divergenzen als temporär herausgestellt, sondern sich auch die nationalen Wege abgeschliffen haben. Mit Blick auf die Typologie, die der Sozialwissenschaftler Gosta Esping-Andersen seit den 1980er Jahren zu den Sozialstaaten entwickelte⁴⁶, ist daher zu beobachten, dass sich die ohnehin nicht in Reinform existierenden Typen in einen insgesamt zu definierenden einheitlichen Mischtyp verwandelt haben, der nur unterschiedliche Ausprägungen aufweist.⁴⁷ So stellt sich im Anschluss daran die Frage, ob sich das europäische Sozialmodell nicht als ein Modell begreifen lässt, das nicht nur eine Besonderheit Europas darstellt, sondern als der *eine* Typ des »sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates« begriffen werden kann, der sich als tragfähige Problembearbeitungsform im Kapitalismus bewährt hat und auf andere Kontinente überträgt.⁴⁸

Das Zusammenspiel der Entwicklung von Wirtschaftswachstum (zunächst in den 1950er und 1960er Jahren auch in Osteuropa), Sozialstaat und Konsummöglichkeiten ergab spezifische Rahmenbedingungen zur gesellschaftlichen Entwicklung, die bereits längerfristig angelegt gewesen waren. Die Tendenzen zur Politisierung und Liberalisierung gewannen jedoch erst nach 1945 eine starke Dynamik.⁴⁹ Insbesondere in den Arbeiten von Hartmut Kaelble wird deutlich, wie stark sich die nationalen Gesellschaften in Europa gewandelt und einer europäischen Gesellschaft angenähert haben, trotz fortbestehender Unterschiede in verschiedenen, teilweise konstitutiven Bereichen der jeweiligen Gesellschaft; daneben wird an seinen Publikationen auch deutlich, wie sehr sich eine Sozialgeschichte in der Erweiterung in Richtung einer Gesellschaftsgeschichte befindet.⁵⁰

Diese gesellschaftlichen Konvergenzen in Europa gelten im Positiven wie im Negativen. Man kann dies für ganz unterschiedliche Ebenen aufzeigen. Die sozialhistorische Forschung hat dies ausführlich für verschiedene Aspekte der sozialen Ungleichheit untersucht.⁵¹ So verringerten sich zwischen den 1950er und den 1970er Jahren die Einkommens- und Vermögensunterschiede erkennbar, so dass die ärmeren Schichten einen etwas größeren Anteil am Volkseinkommen erhielten. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeichnete sich ebenfalls eine deutliche Veränderung ab. Daneben wurden weitere soziale Unterschiede, beispielsweise mit Blick auf Wohnqualität und Gesund-

46 Die zentrale Publikation ist *Gosta Esping-Andersen, The Three Worlds of Welfare Capitalism*, New York 1989. Inzwischen wurde dieses Modell hart debattiert und in mancherlei Hinsicht überarbeitet, vgl. z. B. *Jane Lewis, Gender and Welfare in Modern Europe*, in: *The Art of Survival. Gender and History in Europe, 1450–2000 (Past and Present, Supplement 1)*, S. 39–54.

47 Vgl. dazu z. B. *Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2., überarb. u. erhebl. erw. Aufl. München 1991, S. 211 ff.

48 So zumindest der Vorschlag von *Christopher Lloyd, The History and Future of Social Democratic Welfare Capitalism. From Modernisation to the Spectres of Ultramodernity*, in: *Pauli Kettunen (Hrsg.), Nordic Welfare States. History and Future Challenges*, Cheltenham 2008; *ders.*, *Social Democratic Welfare Capitalism since 1970. Crises, Responses, Divergences*, Paper, World Economic History Congress, Utrecht 2009, URL: <<http://www.wehc2009.org/programme.asp>> [2.9.2009]. Vgl. dazu mit etwas anderer Gewichtung *Andreas Eckert, Export-schlager Wohlfahrtsstaat? Europäische Sozialstaatlichkeit und Kolonialismus nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *GG 32*, 2006, S. 467–488.

49 Vgl. exemplarisch für die Bundesrepublik: *Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1954–1980*, Göttingen 2002.

50 Vgl. als Auswahl (neben in anderen Fußnoten aufgeführten Beiträgen): *Hartmut Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987; *ders./Günter Schmid (Hrsg.), Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*, Berlin 2004.

51 Für einen Überblick vgl. *Peter N. Stearns (Hrsg.), Encyclopedia of European Social History. From 1350 to 2000*, 6 Bde., New York 2001.

heitsversorgung, verringert. Zusammen mit den verbesserten Bildungschancen und einer sich verändernden Arbeitswelt ergaben sich allerdings nur partiell größere Aufstiegschancen, diese jedoch vor allem für Frauen. Wie ein Blick auf die Bildungsbeteiligung der Unterschichten zeigt, erhöhte sich der Anteil der Schüler und Studierenden im Großen und Ganzen nicht. Gerade dieser Bereich der sozialen Mobilität, also der Auf- und Abstiegsschancen, wurde stark von allgemeinen Annahmen und von aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung (zu Berufskarrieren) geprägt; historische Untersuchungen – zumal für ganz Europa – gibt es nicht, was mit Blick auf das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts auch an der Quellenproblematik liegen dürfte. Verschiedene Untersuchungen legen allerdings eine starke Angleichung der sozialen Mobilitätsraten nahe.⁵²

Gleichzeitig schlifften sich durch die allgemeine Anhebung des Lebensstandards und der sozialstaatlichen Inklusionsmechanismen scharfe soziale Unterschiede ab. Dass dies Folgen für die Selbstbeschreibungen von Gesellschaften und die Verortung einzelner Gruppen darin hatte, zeigte sich in der Wahrnehmung des sogenannten Wertewandels, der sich seit den späten 1960er Jahren bemerkbar machte.⁵³ Auch in diesem Bereich dominieren bislang soziologische Studien, die es künftig historisch zu überprüfen gilt.⁵⁴

Ein solcher Ansatzpunkt könnte die Perspektive eröffnen, Konsum als Angelpunkt einer Gesellschaftsgeschichte in Bezug auf verschiedene Aspekte wie soziale Ordnung/Ungleichheit, aber auch für politische Fragen zu begreifen.⁵⁵ Tendenziell steht dabei die Praxis des Konsums im Zentrum der Untersuchung, da der *practical turn* eine Ablösung von bislang an spezifischen sozialen und politischen Ordnungsmustern gedachten Ansätze der Konsumforschung ermöglicht und auch einen Ausweg aus der oft als Einbahnstraße gezeichneten Entwicklung der Amerikanisierung bietet.⁵⁶ In diesem Sinne geraten nicht nur Distinktionsmuster als Analyseaspekt bei sich abschmelzenden Standes- oder Klassenunterschieden nach 1945 in den Blick⁵⁷, wie man dies anhand einer sozialen und kulturellen Geschichte des Massentourismus fragen könnte⁵⁸, sondern auch das Deutungsmuster der politisch manipulatorischen Seite des Konsums ist weiterhin virulent, wenn davon ausgegangen wird, dass bis in die 1970er Jahre hinein eine Art stummer Vereinbarung zwischen Bevölkerung und herrschenden Eliten existierte, die sozialen Aufstieg, Wohlstand und Konsum gegen eine politische ›Stille‹ eintauschte, deren Ende erst in Folge der ›68er‹ eingeläutet wurde.⁵⁹ Jenseits einer entpolitizierenden Funktionszuschreibung lassen sich so Veränderungen der sozialen Ordnung feststellen. An diese kulturwissenschaftlich geprägte Perspektive lassen sich auch stärker sozial- oder geschichtshistorische Fragen knüpfen, die sich beispielsweise in den sozial-kulturellen Elitenbildungsprozessen der Wirtschaft oder ganz handfest in sich transnational/national verändernden Arbeitsbeziehungen festmachen lassen.⁶⁰

52 Vgl. Kaelble, Sozialgeschichte Europas, S. 230f.; Robert Erickson/John H. Goldthorpe, *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford 1992, insb. S. 74.

53 Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton/Guildford 1977; für den deutschen Fall vgl. Helmut Klages, *Wertorientierung im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt am Main 1984.

54 Vgl. für einen entsprechenden Hinweis den Beitrag von Benjamin Ziemann in diesem Band.

55 Vgl. dazu den Beitrag von Frank Trentmann in diesem Band.

56 Für letztere Deutung vgl. v. a. Victoria de Grazia, *Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge, Mass. 2005.

57 Vgl. als bekanntestes Beispiel Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am Main 1982 (zuerst frz. 1979).

58 Vgl. dazu den Beitrag von Christopher Kopper in diesem Band.

59 Zumindest kann man den Ansatz von Martin Conway so lesen: Vgl. Martin Conway, *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age 1945–1973*, in: *Contemporary European History* 13, 2004, S. 67–88.

60 Vgl. dazu die Beiträge von Friederike Sattler und Thomas Fetzer in diesem Band.

Blickt man auf die Verknüpfung von Konsum mit den technischen Bedingungen von Kommunikation und Verkehr, ergeben sich fruchtbare Felder für die Erforschung eines neuen Gefüges der individuellen sozialen und kulturellen Umwelt; jenseits sozialhistorischer Fragen ließe sich die Auswirkungen auf Gesellschaft wie auch politischen Gemeinwesen untersuchen. Die anfangs einfach geografisch definierte Umwelt unterschied sich zunächst noch maßgeblich durch das Stadt/Land-Gefälle, wurde aber durch die Verstärkung der Provinz europaweit (wenn auch im zeitlichen Verzug) immer stärker eingebeut. Diese Konvergenz und damit tendenzielle Auflösung von ›Provinz‹ wäre demnach eine doppelte, nämlich die zwischen Stadt und Land, aber in Europa auch eine zwischen den verschiedenen Regionen oder Staaten.⁶¹ Mit der Verbreitung der Kommunikationsmöglichkeiten wie Telefon, der Auto-Mobilität und des neuen Massenmediums Fernsehen sowie mit dem damit in Verbindung stehenden Wandel von familiärer wie allgemeiner sozialer Kommunikation ergeben sich weitere Felder möglicher Forschung, die bislang nur partiell und in erster Linie von Technikhistorikern entdeckt wurden.⁶² Insbesondere ließen sich hier die transnationalen Aspekte einer europäischen Gesellschaftsgeschichte entwickeln, beispielsweise jenseits personeller Netzwerke in der Politik oder in den supranationalen Institutionen.

Am Beispiel des Fernsehens in Europa, das nach 1950 auf dem Kontinent, aber auch global, seinen Siegeszug als Leitmedium antrat, werden die spezifischen europäischen Verflechtungen – sowohl in der Eurovision als auch in den Kooperationen zwischen West- und Osteuropa – deutlich, aber auch die Unterschiede und Grenzen der Annäherung, wenn es beispielsweise um die Angleichung von Fernsehzeiten geht. Hier ließen sich daneben auch Studien zu verschiedenen medienpolitischen Initiativen und zur Internationalisierung der Medien einordnen, die in Form öffentlich-rechtlicher Einrichtungen auch als Motoren einer Europäisierung eingeordnet werden könnten. Die nationalen Medienlandschaften glichen sich demnach zwar an, ohne dass es politische Auswirkungen zeitigte, d. h. dass sich diese Annäherung oder auch die Zusammenarbeit in Berichterstattung niedergeschlagen hätte. Es ließe sich also fragen, wie politische, technische, inhaltliche und auf die Rezeption bezogene Aspekte des Fernsehens zu einer europäischen Fernsehgeschichte beitragen können.⁶³

Nach diesem Blick auf verschiedene Aspekte einer Entwicklung in Richtung einer europäischen Gesellschaft bleibt noch die Frage nach der Rolle der Zäsuren in der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier ließe sich weiterhin die politische Zäsur von 1989/90 als ein für die gesellschaftliche Entwicklung in Osteuropa eminent wichtiger Einschnitt beschreiben. Das Ende des Kalten Kriegs war zwar auch für die westeuropäischen Gesellschaften von Bedeutung, aber die auf die politischen Strukturbrüche erfolgende Transformation der wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen rüttelte die Gesellschaften im

61 Die Fragestellung nach einer »europäischen Stadt« wird hier außen vor gelassen. Vgl. dafür das Rahmenthema »Integration und Fragmentierung in der europäischen Stadt« des AfS 46, 2006.

62 Vgl. für die Verbindung von Technik mit Integrationsgeschichte *Christian Henrich-Franke*, Europäische Verkehrsintegration im 19. und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Baden-Baden 2007; *Cornelius Neutsch*, Integration in den Bereichen Post und Telekommunikation nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur EWG-Erweiterung 1973, in: *Christian Henrich-Franke/Cornelius Neutsch/Guido Thiemeyer* (Hrsg.), Internationalismus und Europäische Integration im Vergleich. Fallstudien zu Währungen, Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Baden-Baden 2007, S. 113–132. Weitergehende Fragestellungen verfolgt *Andreas Fickers*, »Politique de la grandeur« versus »Made in Germany«. Politische Kulturgeschichte der Technik am Beispiel der PAL-SECAM-Kontroverse, München 2007; für eine längere Perspektive vgl. *Erik van der Vleuten/Irene Anastasiadou/Vincent Langendijk* u. a., Europe's System Builders: The Contested Shaping of Transnational Road, Electricity and Rail Networks, in: *Contemporary European History* 16, 2007, S. 321–347.

63 Vgl. dazu den Beitrag von *Andreas Fickers* in diesem Band.

Osten stärker durch. So folgten auf hohe Erwartungen zu Beginn der Transformation teilweise tiefe Enttäuschungen. Die wirtschaftliche Prosperität ließ auf sich warten oder erreichte nur kleine Teile der Gesellschaft, während die sozialstaatliche Versorgung zurückgeschraubt oder nicht in adäquater Weise den Problemlagen folgte.⁶⁴ Erst allmählich holen osteuropäische Staaten, mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten und Geschwindigkeiten, den Rückstand gegenüber den Standards im Rest Europas wieder auf.

Insgesamt erscheint inzwischen der andere, an dem Ende von Bretton Woods und dem Ölpreisschock fest gemachte Einschnitt in Richtung auf einen digitalen Finanzkapitalismus der für 1990 ursächliche und längerfristig stärker wirkende Einschnitt zu sein. In diese Deutung spielt hinein, dass sich in Deutschland die historiografische Entwicklung in der Regel entlang der Archivsperrfrist von 30 Jahren bewegt und sich daher im Moment stärker den späten 1970er und frühen 1980er Jahren zuwendet, wenn auch einige Ansätze bereits bis an die Gegenwart heranführen oder durch Jubiläen wie den Mauerfall Ausnahmen zu finden sind.⁶⁵ Ein Grund in der Betonung des »Strukturbruchs« der frühen 1970er Jahre ist hingegen darin zu sehen, dass in diesem zweiten großen Erzählstrang zur europäischen Geschichte die globalen Zusammenhänge stärker betont werden und dies eine der heutigen maßgeblichen Erfahrungen der Zeitgenossen ist.⁶⁶ Aus heutiger Perspektive werden damit die frühen 1970er Jahre geradezu zu einem Knotenpunkt, in dem viele verschiedene Entwicklungen ihren Ausgang nahmen und so eine historisch singuläre Konstellation entstand, die eine neue Globalisierungswelle auslöste und gleichzeitig das »Ende des Booms« bescherte.⁶⁷ Damit wird die Zäsur von 1989/90 eher zu einem Auslöser der Dynamisierung dieser Entwicklung, die sich mit Blick auf die Veränderungen der Sozialstaaten beispielsweise in einer starken Reformbewegung während der 1990er Jahre bemerkbar machte. Hier fiel Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung aus dem Rahmen, da die nachholende Modernisierung und Anpassung die Entwicklung verzögerte, die in den anderen vormals »sozialistischen Staaten« wesentlich schneller und radikaler stattfinden konnte.⁶⁸

64 Vgl. den Vortrag von *Béla Tomka*, European Integration and Social Policy from an East Central European Perspective, während der Tagung »50 Jahre Römische Verträge. Supranationale Institutionen und transnationale Erfahrungsräume« des Berliner Kollegs für vergleichende Geschichte Europas, Berlin, 16./17. März 2007.

65 Die Forschung konzentriert sich momentan vor allem auf politische Bereiche wie Umwelt, Protest/soziale Bewegungen und Terrorismus, vgl. z. B. *Donatella Della Porta*, Das andere Europa. Soziale Bewegungen und europäische Institutionen, in: *Christina Benninghaus/Sven Oliver Müller/Jörg Requate* u. a. (Hrsg.), *Unterwegs in Europa – Beiträge zu einer pluralen europäischen Geschichte*, Frankfurt am Main 2008, S. 137–160; *Tim Geiger*, Die »Landshut« in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: *VfZ* 57, 2009, S. 413–456; *Petra Terhoeven*, »Der Tod und das Mädchen«. Linksterroristinnen im Visier der italienischen und deutschen Öffentlichkeit der 70er Jahre, in: *Lutz Raphael/Ute Schneider* (Hrsg.), *Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper*, Frankfurt am Main 2008, S. 437–456; Vgl. dagegen *Andreas Wirsching*, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006; *Eckart Conze*, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009; *Gerhard A. Ritter*, *Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006; *Ilko-Sascha Kowalczyk*, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009; *Klaus-Dietmar Henke* (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009 (i. E.).

66 Vgl. für diese These auch *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom*.

67 Vgl. schon früh *Hartmut Kaelble*, *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa*, Opladen 1992.

68 Vgl. dazu *Ritter*, *Preis der Einheit*.

Diese und weitere Hinweise deuten in die Richtung, dass sich seit den 1970er Jahren ein starker gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Wandel vollzogen hat. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ferner auf eine Häufung weltweiter sozialer Katastrophen, die mit einer – im Einzelnen noch zu untersuchenden – Zunahme von übergreifenden Bürger- und Reformbewegungen Hand in Hand ging, die sich zum Teil als Gegenbild zu herkömmlichen Parteien verstanden, wie etwa Amnesty International und Greenpeace.⁶⁹ Allerdings steht die historische Bearbeitung dieser Fragen noch am Anfang, wenngleich vor allem aus dem unternehmens- und wirtschaftshistorischen Bereich stammende Studien diese Annahmen bestätigen.⁷⁰ Die europäische Perspektive wird dabei durch die »Sandwichposition« Europas zwischen nationalen und stärker globalen Entwicklungen erschwert – oder aber diese Perspektive entspringt nur einer neuen Wahrnehmung globaler Zusammenhänge. Dass sich die Rolle Europas verändert hat, fällt dabei nicht nur aufgrund eines veränderten Selbstverständnisses als friedvoller und Frieden bringender Kontinent⁷¹, aber auch der erfolgten Dekolonisation – die alles andere als erfolgreich war⁷² – ins Auge, sondern auch aufgrund anderer Entwicklungen wie der, dass sich Europa von einem Auswanderungs- zu einem wichtigen Einwanderungskontinent entwickelt und dies auch bedeutende Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung hat.

Insgesamt sticht jedoch hervor, wie sehr die Zeitdiagnose seit ca. Mitte der 1970er Jahre von den Reaktionen darauf auseinanderfiel. Die Krisensemantik schien dabei in einem disproportionalen Verhältnis zur Krisenbewältigung zu stehen, zumindest was die aus der Diagnose hervorgehenden Einschnitte in die sozialen Systeme angeht. Hier wurden nur geringfügige Einschnitte vorgenommen, einige Sektoren sogar ausgeweitet; Reformen fanden teilweise erst Jahrzehnte später statt.⁷³ Allerdings lässt sich ebenfalls feststellen, dass der in den 1950er und 1960er Jahren ausgebildete Sozialstaat anscheinend mit dem sozioökonomischen Wandel nicht Schritt halten konnte. Zumindest war er (bislang) nicht oder kaum in der Lage, neu entstehende soziale Ungleichheiten und Armutsprobleme wirksam zu bearbeiten. In diesem Sinne haben sich konvergente Entwicklungen verstärkt.

Nicht nur die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung kehrte sich seit den 1970er Jahren in fast allen Staaten Europas ähnlich um, sondern auch die sozialen Probleme entwickelten sich vergleichbar. Nachdem sich in den 1950er und 1960er Jahren die Einkommen und Vermögen erhöht und auch die Schere der Verteilung verkleinert hatte sowie eine soziale Mobilität erkennbar geworden war, setzte dann eine erneute Auseinanderentwicklung ein, die seitdem nicht mehr gestoppt wurde. Auffällig ist dabei, wie ähnlich diese Entwicklungen in ganz Europa verliefen. Dabei gilt, dass zum einen Osteuropa an der wirtschaftlichen Erholung nicht mit Wachstumsraten wie der Westen teilnahm und dadurch die Entwicklung auf einem anderen Niveau stattfand. Zum anderen verausgabten sich die Länder des Ostblocks, bedingt durch die Aufstandserfahrungen der 1950er und späten 1960er Jahre, durch das Bemühen, sich das Wohlwollen spezifischer Gruppen und der Bevölkerung allgemein durch zumindest bedingte Konsummöglichkeiten zu sichern, sowie durch die Rüstungsspirale bei atomaren wie konventionellen Waffen.

Die Entwicklung in den südeuropäischen Ländern verlief etwas anders, da sich hier erst seit den 1970er Jahren verstärkte Erholungstendenzen bemerkbar machten (z. B.

69 Vgl. hierzu auch den Beitrag von *Jan Eckel* in diesem Band.

70 Vgl. *Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger* (Hrsg.), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«*. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen 2008.

71 Zu der Frage des Selbstverständnisses vgl. z. B. *Hartmut Kaelble* (Hrsg.), *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2008.

72 Vgl. das Rahmenthema »Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen« des AfS 48, 2008.

73 Vgl. z. B. die Beiträge von *Bernhard Ebbinghaus/Isabelle Schulze, Ulrike Lindner* und *Martin Lengwiler* zu verschiedenen *policy*-Feldern im AfS 47, Rahmenthema »Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich«.

messbar an der nachholenden Konsum-Modernisierung mit Autos, Kühlschränken, Fernsehern etc.) und durch politischen Wandel weitere gesellschaftliche Entwicklungen ermöglicht wurden. Neben einer Stärkung sozialer Sicherungen wurden sie nun, im Verhältnis zur nachlassenden Arbeitsmigration nach Nordeuropa, zu Aufnahmeländern von Arbeitsmigrant/innen aus dem Nahen Osten und Afrika. In diesem Sinne holte Südeuropa seit den 1970er Jahren die Entwicklung Nordwesteuropas nach, indem es zunächst zu einem Einwanderungsgebiet wurde und dazu ähnliche politische Maßnahmen verwendete. Vereinfacht gesagt, wäre zu fragen, ob West- und Südeuropas Entwicklung von recht unterschiedlichen Ausgangspunkten her letztlich konvergierte, während in Osteuropa Wachstum zunächst parallel zur westeuropäischen Entwicklung verlief, wenn auch mit weitaus niedrigeren Werten. Seit den 1970er Jahren fand dort jedoch ein relativer Einbruch statt, Stagnation herrschte. Seit den 1990er Jahren wäre dann auch dort eine beschleunigte Anpassung zu verzeichnen, die eine nachholende Modernisierung mit ganz spezifischen Problemen bildete. Hier müsste in weiteren Forschungen neben die harten Daten eine parallele Geschichte von Perzeptionen und Erlebnissen treten, welche zumal die 1970er und 1980er Jahre sehr unterschiedlich als Zeit (politisch) verhinderter oder gewollter sozialer Möglichkeiten zum Thema machte.⁷⁴ Wirtschaftliche, soziale und mentale Faktoren wären in einer je spezifischen Weise für die genannten Großregionen zu verknüpfen.⁷⁵

IV. INTEGRATIONSMECHANISMEN, IDENTITÄT UND ERINNERUNG

Politische Geschichte der Integration hat seit jeher die Institutionengeschichte und die Interaktion von Personen in Interessengeflechten zum Thema gehabt, aber auch immer überschritten, wenn sie etwa im französischen Sinne die »forces profondes« in den Blick genommen hat.⁷⁶ Bereits mit der Krise der 1970er Jahre wurde deutlich, dass ökonomische, mentale und globale Faktoren einen wichtigen Einschnitt auch für Europa bildeten – und die oben erwähnte Historikerverbindungsgruppe trug dem in ihren Publikationen Rechnung. Dann aber bedeuteten der Fall der Mauer und die Auflösung des bisherigen Ostblocks nicht nur eine Erweiterung der westlichen Integration, sondern in den Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks auch eine Renationalisierung. Gerade nach der Abschüttelung des sowjetischen Modells bestand in vielen Staaten die Tendenz, nicht sogleich eine neue, wenn auch demokratische und wirtschaftlich liberale Integrationslösung zu suchen, die als von außen aufgezwungen angesehen wurde, sondern eigene Reformmöglichkeiten auszuloten. Schon in den frühen 1990er Jahren konstatierte M. Rainer Lepsius:

»Gleichzeitig finden in Europa zwei ganz unterschiedliche Prozesse statt: einerseits die Integration in sich gefestigter Nationalstaaten in eine neue Ordnung, andererseits die Desintegration politischer Machtverbände in eine Vielzahl von noch nicht konsolidierten Nationalstaaten mit unklaren territorialen Grenzen. Im Westen findet ein Prozess der Evolution der sozialen und politischen Ordnungen statt, der Universalisierung von Bürgerrechten und der Neubildung von Institutionen zur Steuerung und Konfliktlösung auf einer supranationalen Ebene, im Osten findet ein Prozess der Devolution der sozialen und politischen Ordnung statt, der Partikularisierung von Staatsbürgerrechten nach ethnischen, religiösen, sprachlichen Kriterien und der Neubildung von nationalstaatlichen Institutionen.«⁷⁷

74 Kaelble, Sozialgeschichte Europas, S. 235.

75 Vgl. z. B. eine Studie, die gerade von *Johannes Oschlies* vorbereitet wird und die sich dem Verhältnis zwischen sozialer Entwicklung und politischen Einstellungen im Vergleich Ostdeutschland – Finnland widmet.

76 Vgl. etwa *Jean-Baptiste Duroselle*, 1947 – les débuts de la construction Européenne, in: *Raymond Poidevin* (Hrsg.), *Origins of the European Integration*, Brüssel 1986, S. 11–22.

77 *M. Rainer Lepsius*, Die Europäische Gemeinschaft und die Zukunft des Nationalstaats, in: *ders.*, *Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 249–264, hier: S. 253 f.

Das hat sich seither nicht grundsätzlich geändert, wohl aber hat die Integration des vormaligen Ostens oder einzelner Staaten auch im Westen zu einer Wiederbelebung nationalen Bewusstseins geführt. Was für den zuvor diktatorisch regierten Osten galt, hatte Vorläufer in der Integration bei der Aufnahme von vormaligen Diktaturen in Südeuropa, wie Griechenland, Spanien und Portugal. Gleichzeitig hat die Einbindung in die Europäische Union jedoch auch diese Nationalismen gedämpft, wenn man davon ausgeht, dass das Selbstverständnisangebot der Europäischen Union großen Einfluss zwar vor allem auf Eliten ausübt, doch dass auch die gesamte Bevölkerung durch die Mitgliedschaft indirekt durch die neue Rolle des Landes mitgeprägt wird.⁷⁸

Allerdings darf 20 Jahre nach dem Ende des Ostblocks und dem Beitritt zunächst von drei vormaligen neutralen Staaten zur EU im Jahr 1995, sodann vor allem aber zwölf weiterer Staaten u. a. des vormaligen sozialistischen Lagers, dieser Prozess als vielfach miteinander verknüpft gelten. Auch wenn die Gemeinschaft seit ihrer ersten Erweiterung 1973 die Übernahme der bisherig vereinbarten Regelungen, des *Acquis communautaire*, von den je neuen Beitrittsländern mit geringen Änderungen und in einem festen Zeitplan vereinbart hatte, womit tendenziell eine Vereinheitlichung gelingen sollte, zeigte sich gerade hier ein Spannungsverhältnis zu der angesprochenen Renationalisierung, die sich seither (Verfassungsverträge, Währungsdebatte etc.) auch auf das Westeuropa erstreckte.⁷⁹ Zugleich wuchsen jedoch die Zahl und der Umfang der zu übernehmenden Regelungen quantitativ beträchtlich an.

Seitdem in den Verhandlungen zur Osterweiterung der *Acquis communautaire* als effektive Aufnahmebedingung zu spezifischen Mustern der vorauseilenden Anpassung führte – was inzwischen in einigen Studien als Europäisierung bezeichnet wird –, entwickelte sich ein starkes Spannungsverhältnis zwischen dem Aufstiegswillen der unabhängigen Staaten und der Furcht vor einem erneuten Verlust der Souveränität. Auf beiden Seiten der Verhandlungen fanden Lernprozesse mit Blick auf die zu vereinbarenden Schritte und deren Einhaltung/Überprüfung sowie auf die anzuwendenden Argumentationsmuster statt.⁸⁰ Gerade diese Verhandlungen über die vorherige Akzeptanz oder nachträgliche Umsetzung bilden mit Blick auf die wirtschaftliche Prosperität als Ziel und eigentlichem politischen Gegenstand des Beitritts das Zentrum der Debatten zum nationalen Selbstverständnis, während in den übrigen Ländern der angeblich wachsende oder bürokratische Einfluss von ›Brüssel‹ den Anlass für nationale egoistische Debatten in den europäischen Gesellschaften bildet. Die parlamentarischen Ratifikationsdebatten über den Vertrag von Lissabon, die rechtlichen Überprüfungen und die innergesellschaftlichen Diskurse der jüngsten Zeit illustrieren dies eindringlich.

An diese Debatten knüpft die Diskussion um eine gemeinsame europäische Identität und Zukunft an. In den 1990er Jahren noch aus Ratlosigkeit und als Suchbewegung nach dem Ende des Kalten Krieges geführt, hat sie sich inzwischen als ein wichtiger Bestandteil einer europäischen Selbstverständnisdebatte etabliert. In ihr fließen verschiedene As-

78 Vgl. z. B. *Ulrike von Hirschhausen*, Zwischen lokaler, nationaler und europäischer Identität. Die Vielfalt in den baltischen Ländern nach 1990, in: *Stefan Kadelbach* (Hrsg.), Europäische Identität, Baden-Baden 2008, S. 51–59.

79 *Jürgen Elvert/Wolfram Kaiser* (Hrsg.), European Union Enlargement. A Comparative History, London/New York 2004.

80 Dies ist vor allem für die letzten zwei Erweiterungsrounden zu einem eigenen Forschungsobjekt geworden: *Amelie Kutter* (Hrsg.), Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006; *Barbara Lippert/Gaby Umbach*, The Pressure of Europeanisation. From Post-communist State Administrations to Normal Players in the EU System, Baden-Baden 2005; *Ana-Maria Dobre*, Europeanisation and Domestic Territorial Change. The Spanish and Romanian Cases of Territorial Adaptation in the Context of EU Enlargement, in: *The Journal of Southern Europe and the Balkans* 7, 2005, S. 351–366; vgl. für ein Politikfeld *Stephan Hofer*, Die europäische Union als Regelexporteur. Die Europäisierung der Energiepolitik in Bulgarien, Serbien und der Ukraine, Baden-Baden 2008.

pekte und Perspektiven zusammen: So befördern die europaskeptischen Signale aus den Bevölkerungen, die politischen Entwicklungen seit dem Maastrichter Vertrag mit den Erweiterungen und mit der Einführung des Euro, die Debatte zur Verfassung, die sichtbare Politisierung wegen dieser Debatte sowie durch Skandale und nicht zuletzt die nationalen Begehrlichkeiten die Diskussion über Existenz/Zustand oder auch Sinn und Zweck einer einheitlichen europäischen Identität. Daraus geht wiederum ein Interesse (nicht nur) der europäischen Institutionen hervor, mehr über die Gründe und Ursachen zu erfahren. Ein wachsendes Forschungsinteresse wird über gestiegene Förderungsmöglichkeiten befriedigt, was zu einer stärkeren Beobachtung und einer nochmals erhöhten Aufmerksamkeit führt. Dass dabei die politische wie auch die wissenschaftliche Diskussion parallel von einer gemeinsamen Identität als (Vor)Bedingung einer politischen Einheit ausgehen, lässt eine historische fundierte Analyse der Identitätsdebatte mitsamt ihrer wissenschaftlichen Definitionen und Klassifikationen umso dringender erscheinen, um damit dem »Mythos einer kollektiven Identität« besser auf die Spur zu kommen.⁸¹

Es versteht sich, dass gerade in diesem Zusammenhang der nationalen wie der gesamt-europäischen Debatten zu Souveränität und Identität die historischen nationalen Identitäten und gesellschaftlichen Erinnerungen eine große Rolle spielten. Im Gefolge der großen Arbeiten aus dem Kreise von Pierre Nora über französische Erinnerungskultur hat sich eine Fülle von Untersuchungen zu je nationalen Erinnerungskulturen angeschlossen. Die Forderung nach historischer Erarbeitung und damit gelegentlich auch gegenwartsrelevanten Stiftung einer europäischen Erinnerungskultur, welche gemeinsame Erfahrungen und auch Differenzen verarbeitet, hat sich dabei in verschiedenen Projekten manifestiert, jedoch in den meisten Fällen nur zu additiven Resultaten geführt.⁸² Die gemeinsame Bedeutung des Zweiten Weltkrieges und seiner Gewaltpraktiken für alle europäischen Staaten, auch wenn andere wichtige Zäsuren je unterschiedlich hinzu kamen, könnte im Zentrum einer genuin europäischen Analyse stehen. Dabei könnten weniger die Gewalterfahrungen als solche eine Rolle spielen, sondern eine Klassifikation nach der Verarbeitung von eindeutigen Siegnationen bis hin zu den eindeutigen Verlierern, die je nationale Erfahrungen damit verknüpften – im Übrigen bis in die Gegenwart hinein. Dass sich nationalistische Diskurse der Zeit zuvor oder während des Krieges in Form stärkerer Ausgrenzung in den Nachkriegsjahren ausgewirkt haben, widerspricht in manchem den oben gemachten Beobachtungen, bekräftigt jedoch insgesamt den Eindruck, dass sich Identitäten stark am Wechsel der erinnernden Geschichtsdiskurse festgemacht haben.⁸³ Jedenfalls zeigt sich, dass die Konstruktion gemeinsamer europäischer Erinnerung über die Verbrechen deutscher Herrschaft im Zweiten Weltkrieg hinaus immer noch prekär ist. »Holocaust« oder »Auschwitz« als Metaphern haben zwar seit den 1980er Jahren akzeptierte Geltung als Gegenbild zum heutigen Europa erlangt, bleiben aber als Negativfolie oft vielgestaltig und nebulös.⁸⁴

81 *Maurizio Bach*, Kollektive Identität in Europa. Kritische Anmerkungen zu einem Mythos der Gegenwart, in: *Kadelbach*, Europäische Identität, S. 23–33.

82 Exemplarisch: Jahrbuch für Europäische Geschichte 2002, Nr. 3: »Europäische *lieux de mémoires*?«; *Antoine Fleury/Robert Frank* (Hrsg.), *Le rôle des guerres dans le mémoire des Européens. Leurs effets sur la conscience d'être européen*, Bern 1997; *Monika Flacke* (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 Arena der Erinnerungen*. Ausstellungskatalog, 2 Bde., Berlin 2004; *Kirstin Buchinger/Claire Gantet/Jakob Vogel* (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt am Main 2009; *Helmut König/Julia Schmidt/Manfred Sicking* (Hrsg.), *Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität*, Bielefeld 2008; *Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas* (Themenheft von *Osteuropa* 6, 2008); *Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich* (Hrsg.), »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006.

83 Vgl. zu diesen Befunden den Beitrag von *Kerstin von Lingen* in diesem Band.

84 *Aleida Assmann*, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, darin: Europa als Erinnerungsgemeinschaft, S. 250–271; *Henry Rousso*,

Etwas anderes ist demgegenüber zu beobachten. Gleichsam im Schatten dieses dominierenden Stranges gemeinsamer Erinnerung in Europa, die dennoch in nationaler Aneignung stattfindet, lassen sich zumindest zwei größere Stränge ausmachen: Die Opferrolle von Vertreibungen findet gerade im vereinten Deutschland nachdrücklich Artikulation. Die europäisch vergleichende Umsetzung eines »Zentrums gegen Vertreibungen«, die angestrebt wird, führte jedoch bereits seit mehreren Jahren zu erbitterten »Opferkonkurrenzen« zumal zwischen Polen und Deutschen, zum Apologieverdacht insgesamt.⁸⁵ Zum anderen zeichnet sich gerade in den vormals sozialistischen Staaten Osteuropas nach dem Wegfall sowjetisch gelenkter Erinnerungspolitik eine verstärkte auch memoriale Hinwendung zur je nationalen Unterdrückung, zum Leiden unter diesen Bedingungen ab. Erinnerung an sowjetische Verbrechen, auch und gerade im Zweiten Weltkrieg, aber auch an nationale Aufstände nach dem Zweiten Weltkrieg bilden gleichsam nachholende Elemente nicht nur nationaler Geschichtsschreibung, sondern auch öffentlicher Erinnerungskultur. Damit wird, wenn auch national je unterschiedlich, die Dominanz von Erinnerung an NS-Verbrechen relativiert, wenn nicht sogar überschrieben. Dem Anspruch nach soll ein am 1. September 2009 in Gdansk/Danzig gegründetes Museum des Zweiten Weltkriegs eine neue Ausgewogenheit dieser unterschiedlichen Faktoren bis 2014 herstellen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit ein Europäisches Museum, wie es rudimentär in Brüssel existiert⁸⁶, auf einer neuen Basis als »Haus der Europäischen Geschichte« und mit einem hochrangigen Expertengremium seit 2008 besetzt, hier mehr als nur national wenig akzeptierte Kompromisse zustande bringt.⁸⁷

Der Versuch, eine gemeinsame Erinnerung zu untersuchen oder zu prägen und damit eine gemeinsame Identität zu befördern, sollte vor einem globalen Hintergrund geprüft werden. Inwiefern haben sich nach 1945 gemeinsame europäische »Repräsentationen« herausgebildet? An ihnen ließe sich die außereuropäische Probe aufs Exempel machen mit der Frage, wie sich Europa in Abgrenzung zum »Anderen« (bzw. durch welche Konstrukte und wie) konstituierte, und wie sich diese Entwicklung während des Kalten Krieges und danach vollzog unter der Perspektive einer Globalisierung.⁸⁸ Diese läge zunächst einmal quer zur Periodisierung von 1945, da sich die Zeit zwischen 1914 und mindestens den 1970er Jahren als Phase einer regressiven Globalisierung, abgewechselt durch eine sich beschleunigende Globalisierungswelle seit 1990, beschreiben ließe, doch sind weder diese Phasen bislang mit Blick auf Europa ausreichend untersucht noch die symbolhaften Selbstdarstellungen Europas dahingehend analysiert worden. Grundsätzlich ist jedoch durch einen Blick von außen auf Europa ein wichtiger Beitrag zur Erkenntnis von »Europäizität« zu gewinnen, die sich weder essentiell durch Werte noch durch den Fokus allein auf die Binnenperspektive der Europäer definieren ließe.⁸⁹

Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1, 2004, H. 3, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Rouso-3-2004>> [4.7.2009]. Teilweise wird der Holocaust zum negativen Gründungsmythos des europäischen Einigungsprojekts gemacht. Vgl. dazu auch *Judt*, *Geschichte Europas*, S. 931–966.

85 Zur Auslotung einer europäischen Geschichtsschreibung zur Vertreibung in Antwort auf diese Debatte vgl. *Anja Kruke* (Hrsg.), *Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006.

86 URL: <<http://www.expo-europe.be/index.php>> [1.9.2009].

87 URL: <<http://www.museumsmagazin.com/archiv/2-2008/infothek/part5.php>> [1.9.2009].

88 Vgl. *Hartmut Kaelble*, *Eine europäische Geschichte der Repräsentationen des Eigenen und des Anderen*, in: *Jörg Baberowski/Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer* (Hrsg.), *Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel*, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 67–84.

89 Dies würde dem sechsten Punkt des Kriterienkatalogs von *Kaelble* und *Kirsch* entsprechen: *Kaelble/Kirsch*, *Einleitung*; vgl. zur Essentialismus-Falle auch *Christoph Boyer*, *Die Europäizi-*

V. FAZIT

Sicherlich lassen sich die Gesellschaften Europas nach 1945 nicht zu einer einzigen Gesellschaft historisch umdefinieren. Doch hat sich gezeigt, wie fruchtbar Perspektiven jenseits einer nationalen oder binationalen Geschichte sein können, die Europa als einen sinngebenden Rahmen verstehen.

Die sozialhistorisch feststellbare konvergente Entwicklung, orientiert an den Beschreibungskategorien des europäischen Sozialmodells, ergibt allein noch keine europäische Gesellschaft – je nach Zuschnitt sind konvergente wie differente Entwicklungen und Beschreibungen parallel möglich.⁹⁰ Wenn man dennoch die Kategorien einer sozialen und mentalen Konvergenz ernst nehmen möchte, lassen sich zusammen mit der politischen Entwicklung europäische Gesellschaften historisch fassen: Die wichtigsten Großkategorien wären demnach Westeuropa (›Kerneuropa‹), die ›Peripherie‹ im Süden Europas und Osteuropa als gleichberechtigte Untersuchungsobjekte. Dabei spielen geografische Nähen eine sichtbar wichtige Rolle. Wie an sektoralen Untersuchungsperspektiven wie Religion oder Friedensbewegungen erkennbar wird, besitzen derartige nur scheinbar partikuläre Vorgehensweisen darin eine wichtige Funktion für eine europäische Gesellschaftsgeschichte.

Schwieriger scheint dann die Fassung als politische Einheit zu sein: Die dargestellte Integrationsgeschichte hat einen spezifischen und sehr positiven Blick, den man erweitern oder verändern muss, um zu einer offenen Entwicklungsgeschichte Europas zu kommen. Dazu kann man einen neuen Blick auf altbekannte Politiken wie der Gemeinsamen Agrarpolitik werfen, um die transnationalen Verflechtungen und Folgen eines politisch eingeschlagenen Pfades zu erklären oder auch zivilgesellschaftliche Organisationen betrachten, um die üblichen Pfade der Integrationsgeschichte zu verlassen. Damit bleibt dennoch immer wieder die Gefahr einer positiven, weil nur nach gemeinsamen Merkmalen oder nach dem politischen Gesamterfolg suchenden Geschichtsschreibung bestehen. Das epistemologische Problem einer europäischen Gesellschaftsgeschichte lässt sich aufgrund der vorhandenen Quellensituation nicht auflösen, sondern immer nur erneut reflektieren.⁹¹

Eine europäische Gesellschaftsgeschichte ließe sich idealtypisch vielleicht am besten als eine Verschmelzung von politischer und wirtschaftlicher Integrationsgeschichte von oben beschreiben, als Blick auf Regierungen und europäische Institutionen und Gesellschaftsgeschichte der komparativen Analyse gleichsam von unten mit einer Zeitgeschichte, die eigene wissenschaftliche Entwicklung und europäische Selbstbeobachtung reflektiert und dabei zugleich historische Quellen auf der Makro- wie der Mikroebene ständig neu erschließt und einbezieht sowie die Besonderheiten der historischen Quellen auch als serielle Zeugnisse für sozial- und alltagsgeschichtliche Fragen nicht außer Acht lässt. Ansätze dazu finden sich in den verschiedenen Beiträgen dieses Bandes.

tät der ostmitteleuropäischen Zeitgeschichte, in: H-Soz-u-Kult, 1.6.2006, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006-06-002>> [4.9.2009].

90 Dies zeigt zum Beispiel der Beitrag von *Thomas Mergel* in diesem Band.

91 Oftmals leiden Ansätze zu einer europäischen Geschichte an einer überbordenden Programmatik, die die Messlatte einer Umsetzung unerreichbar hoch aufhängt. Dennoch gibt es eine Fülle einflussreicher programmatischer Aufsätze, z. B. *Gerald Stourzh* (Hrsg.), *Annäherung an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien 2002. Vgl. schließlich für grundsätzliche epistemologische Fragen auch *Max Weber*, *Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19, 1904, S. 22–87.